

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 15. August 1931

35. Jahrgang

Nummer 33

Aktive Weltwirtschaftspolitik?

Die Politik ist die Kunst des Möglichen. Dieser bis zu einem gewissen Grade berechnete Satz beherrscht leider in viel zu starkem Maße die Maßnahmen der Arbeiterbewegung, deren Führer sich immer mehr fast ausschließlich mit Fragen der Tagespolitik zu befassen haben. Dies gilt sowohl für das Problem der allgemeinen Politik wie für die Wirtschaftspolitik, die uns an dieser Stelle nur beschäftigen sollen. Eine solche ausgesprochen auf den Augenblickserfolg eingestellte Politik wäre tragbar, wenn sie an einem einheitlichen Programm orientiert wäre. Dies trifft aber für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Arbeiterbewegung nicht zu, denn das typisch vulgärmarxistische Programm kann heute nicht mehr befriedigen. Man kann die vier bis fünf Millionen Arbeitslosen nicht mehr mit der Antwort abfertigen, daß eine Krise wie die gegenwärtige nun einmal im Zeitalter des Kapitalismus unvermeidlich sei, daß man nicht viel tun könne, warten müsse, bis die Zeit des triefenlosen Sozialismus komme. Vielmehr ist es heute eine unbedingte Notwendigkeit, aktive Wirtschaftspolitik zu betreiben. Die dabei auftauchenden Schwierigkeiten dürfen uns in unseren Bemühungen nicht behindern, denn wie man den Kranken nicht sich selbst überlassen darf, weil noch keine volle Klarheit über den Charakter der Krankheit besteht, so darf man auch mit einer Wirtschaftspolitik nicht warten, bis alle Fragen restlos geklärt sind. Diese Forderung wird in einem ausführlichen Artikel von Vladimir Woytinsky im Juni-Heft der „Arbeit“ aufgestellt. Diesem Artikel möchten wir die denkbar größte Bedeutung beimessen. Es ist ein Artikel, der eine fruchtbare Diskussion einleitet, den Weg zu einem Wirtschaftsprogramm bahnen sollte.

Durch unsere Einleitung haben wir schon von den Thesen, die Woytinsky am Schluß seines Artikels formuliert, die erste nach einer aktiven Wirtschaftspolitik hundertprozentig angenommen. Dasselbe gilt für die Punkte 2 und 3, die das Postulat einer Weltwirtschaftspolitik enthalten. Heute noch glauben Kreise der Arbeiterschaft, daß durch eine nationale Wirtschaftspolitik wesentliches erreicht werden könnte. Die heutige Krise dürfte aber doch wohl jedem deutlich zeigen, wie sehr Deutschland von der wirtschaftlichen Entwicklung anderer Länder abhängig ist, was es für die deutsche Wirtschaft beugt, ob irgendwo Fülle erhöht oder ermäßigt, Kredite gestiegen oder verlangsamt werden, ob die Länder des Kapitalüberflusses langfristige Anleihen zur Verfügung stellen oder lieber Gold importieren usw. Auch weiß wohl jeder, daß sozialpolitischen Bestrebungen gewisse wirtschaftliche Grenzen gesetzt sind, daß eine Sozialpolitik auch heute nur im internationalen Rahmen möglich ist.

Mit These vier kommt Woytinsky auf die Frage zu sprechen, welche Aufgaben eine Weltwirtschaftspolitik zu erfüllen hat. Man kann ihm zustimmen, wenn er die Forderung einer Preisstabilität aufstellt, wenn er darauf hinweist, daß fallende Preise Wirtschaftstod, steigende Preise Aufschwung bedeuten. Woytinsky will zu einer Politik der Preisstabilität mit Hilfe von währungs- und wirtschaftlichen Maßnahmen kommen. Er weist darauf hin, daß die Preise entweder kürzer oder längerer Bewegungen unterworfen seien, daß den kürzeren Schwankungen keine größere Bedeutung zukomme, daß vielmehr alle Bemühungen darauf gerichtet sein müßten, die Ursachen der langwelligen Preisbewegungen zu erkennen und auf Grund der so gewonnenen Erkenntnisse eine relative Stabilität der Preise zu erzwingen. In der Frage nach den Ursachen der langwelligen Preisbewegungen schließt er sich der Ansicht an, daß die langen Wellen der Preisentwicklung weitgehend von der Geldseite aus bestimmt werden. Da nun Gold die Grundlage des Kredit- und Währungssystems bildet, bedeutet diese Auffassung, daß ein Preisfall vor allem darauf zurückzuführen ist, daß zu wenig Gold vorhanden ist und somit zu wenig Geld in Zirkulation gebracht werden kann. Wenn aber mehr Gold vorhanden ist und auf Grund dieses Goldvorschlusses mehr Geld in Zirkulation gebracht wird, als im Interesse des Wirtschaftssystems notwendig wäre, dann müssen die Preise steigen. Ein richtiges Programm ist also, ob die langen Wellen der Preisentwicklung in der kommenden Zeit von der Geldseite aus in steigender oder fallender Tendenz beeinflusst werden.

Mit dieser überaus wichtigen Frage hatte sich der Goldausfluß des Völkerbundes zu befassen, der die Fragen fast ausschließlich theoretisch behandelte und seine Ergebnisse überaus vorsichtig formuliert hat. Das ihm gestellte Problem ist allerdings nur schwer lösbar. Wie soll man berechnen, wieviel Gold benötigt wird, um den Wirtschaftapparat weiter funktionieren zu lassen? Welchen Ausbau des Wirtschaftssystems soll man in Rechnung stellen? Welchen Ausbau des Kreditwesens? So ist es durchaus möglich, daß durch Ausbau des Scheid- und Verrechnungssystems trotz gleichbleibender Golddeckungsvorschriften für das Funktionieren des Währungssystems künftig weniger Gold notwendig sein wird als heute. Wir können im Rahmen dieses Artikels alle diese Probleme hier nicht erörtern, möchten diese Fragen nur gestellt haben, um eben die Kompliziertheit des Problems aufzuzeigen und es zugleich verständlich zu machen, daß der Goldausfluß in seinen Formulierungen sehr vorsichtig ist. Aber trotzdem erklärt er deutlich, daß in nicht allzu ferner Zeit infolge zu geringer Goldproduktion die Preise von der Geldseite aus in fallender Tendenz beeinflusst werden müssen.

Woytinsky ist ein viel zu guter Kenner der sehr umfangreichen Berichte des Goldausflusses des Völkerbundes, als daß er aus ihnen falsche Schlüsse gezogen hätte. Aber er hat sich bei der Lektüre doch wohl zu einigen falschen Schlüssen in seiner Untersuchung der Weltwirtschaftskrisis verleiten lassen. Er als Mathematiker und Statistiker hat vor allem bei seiner Untersuchung der Krisis dies mathematisch und statistisch ja so interessante Problem des Verhältnisses zwischen Gold und Preisen gesehen und einseitig in den Vordergrund gerückt. Auch er läßt die Frage offen, inwieweit der jetzige Preisfall von der Geldseite beeinflusst worden ist. Aber er verlangt eine internationale Zusammenarbeit der Notenbanken der führenden Länder, um durch eine Politik der Gold- und Geldschöpfung die Preise zu stabilisieren, ja leicht ansteigen zu lassen und somit einen Umschwung in der Konjunktur hervorzurufen. Das gegebene Mittel zu einer solchen Politik ist

für ihn die Verringerung der Golddeckungsvorschriften, wodurch die Ausgabe von mehr Geld, die Gewährung von mehr Krediten ermöglicht wird. Es ist eine bewußt gemeinwirtschaftliche und internationale Maßnahme, die Woytinsky vorschlägt, eine Maßnahme, die an sich verdient, ein wesentlicher Programmpunkt eines Wirtschaftsprogrammes der Arbeiterbewegung zu werden.

Doch zuvor zu einer solchen Maßnahme gegriffen wird, ist natürlich genau zu prüfen, ob wir mit einer solchen wirklich Herr der Krise werden können. Auch wir sind wie Woytinsky der Ansicht, daß der Preisfall so bald wie möglich zum Stoppen gebracht werden muß, doch für wichtiger als das Preisproblem halten wir das der Rentabilität der Wirtschaft. Die Produktion muß so gestaltet werden, daß überall das Maximum an Werten geschaffen wird, damit wir alle Waren so billig wie möglich erhalten. Dies ist nur möglich, wenn die Waren bewußt dort hergestellt werden, wo sie am billigsten produziert werden können. Dieses System der Produktionsverteilung, der internationalen Arbeitsteilung und des damit gegebenen Güterausstausches ist aber völlig gestört worden durch die Kriegsverhältnisse. Auch heute kann noch keineswegs von irgendwie geordneten Verhältnissen gesprochen werden. Ein weltwirtschaftliches Gleichgewicht auf dem Gebiete der Produktionstechnik besteht noch nicht. Im Gegenteil war die Wirtschaftspolitik eines jeden Landes darauf eingestellt, die Wiederherstellung dieses Gleichgewichtes zu verhindern, um unrentable Betriebe zu halten. Eine künstliche Hochhaltung der Preise war die

Folge. Es kommt heute weniger darauf an, ein neues Kapital zu schaffen, sondern das Kapital dort arbeiten zu lassen, wo es wirklich rentiert.

Der Goldausfluß des Völkerbundes hat dies Problem klar gesehen als er darauf hinwies, daß kein Währungssystem funktionieren könne, wenn ständig durch Eingriffe der Staaten der Waren- und Kapitalaustausch behindert wird. Bei einseitiger Verwirklichung des Vorschlags Woytinsky wäre die Gefahr gegeben, erneut die Möglichkeiten zu einer Fortsetzung der jetzigen Politik des Hochprotektionismus zu schaffen. In Erkenntnis dessen verlangt Woytinsky Maßnahmen neben der von ihm vorgeschlagenen währungspolitischen, damit bei einer Verwirklichung seines Planes die so wichtige Forderung nach Zollabbau eher durchgeführt werden kann. Um den Verkehr von Personen, Gütern und Kapitalen zumindest wieder wie in der Vorkriegszeit möglich zu machen, müssen die in der Weltwirtschaft errichteten Mauern niedriger werden. Bei der so erreichten Gleichgewichtslage würden sich die Preise sicherlich um die Vorkriegeshöhe herum stabilisieren. Wenn die Gleichgewichtslage von der Warenseite aus nicht mehr gestört wird, dann wird durch Maßnahmen einer Goldpolitik dafür Sorge zu tragen sein, daß die Preise auf dieser Höhe gehalten werden können.

Ein großes Problem wurde von Woytinsky zur Diskussion gestellt. Die Arbeiterschaft muß es durchdenken und als konkrete Forderung aufstellen. Dr. W. G.

Ein lehrreicher Vergleich

Zum Geschäftsbericht der Bayerischen Hartstein-Industrie-A.G. München für das Jahr 1930

Der Reingewinn des Unternehmens betrug 102 694 Reichsmark, also reichlich 10 Prozent des 1 000 000 Reichsmark betragenden Aktienkapitals. 5000 Reichsmark wurden dem Reservefonds zugeführt, 70 000 Reichsmark an Dividende verteilt, 5972 Reichsmark erhielten fünf Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder als Tantieme (durchschnittlich 1194 Reichsmark, also mehr als mancher von der Gesellschaft beschäftigte Steinbrucharbeiter an Jahresverdienst aufzuweisen hat. Die Höhe der Direktorengelöhner entzieht sich unserer Kenntnis) und 21 722 Reichsmark wurden auf neue Rechnung vorgetragen.

Zu diesem Ergebnis schrieb der Vorstand der Gesellschaft:

„Mit großer Hoffnung erwarteten wir im verflossenen Jahre die Auswirkung der angeforderten Arbeitsbeschaffungsprogramme. Die erhoffte Ankurbelung der Wirtschaft blieb aber aus, dafür erlebten wir jedoch eine allgemeine, vielfach willkürliche Preisentwertung, wobei außer acht gelassen war, daß im eigenen Interesse der Erhaltung und Hebung des Umlages doch fast überall schon, so auch bei uns, außerordentlich scharf kalkuliert war und für weitere Preisentwertungen wesentliche Erleichterungen der uns auferlegten großen Lasten in Lohn-, Steuer- und Sozialaufwendungen hätten zweckmäßig vorausgehen oder mindestens gleichzeitig erfolgen müssen.“

Trotz dieser Schwierigkeiten und besonders dank der bei unserer Gesellschaft seit Jahren befolgten Grundzüge, den inneren Wert des Unternehmens durch Rücklagen und in Unabhängigkeit gut zu befestigen, ist es dennoch im Jahre 1930 gelungen, einen an den allgemeinen traurigen Verhältnissen gemessenen guten Abschluß zu erzielen.“

Letzteres meinen auch wir. Der günstige Stand dieses Unternehmens tritt aber noch mehr in Erscheinung bei einer Zusammenstellung der Geschäftsergebnisse der letzten Jahre:

Jahr	Stammkapital	Reingewinn	Rücklagen	Vorräte	Dividende	und Tantieme
	(in Reichsmark)					
1927	820 000	272 634	173 684		98 950	
1928	820 000	103 214	27 832		75 382	
1929	1 000 000	138 936	35 135		103 800	
1930	1 000 000	102 694	26 722		75 972	

Danach betrug der Reingewinn vom Stammkapital 1927 33,2 Prozent; 1928 12,5 Prozent; 1929 13,9 Prozent; 1930 10,3 Prozent, was einen Durchschnittsreingewinn der vier Jahre von 17,5 Prozent ergibt. In banger Sorge um den künftigen Profit heißt es im Geschäftsbericht:

„Die Aussichten für das laufende Jahr bieten leider noch keinerlei Lichtblicke. Wir werden ganz von staatswirtschaftlichen Maßnahmen und vielleicht von politischen Ereignissen abhängig sein und müssen in baldigsten und ausgiebigen Erleichterungen der uns auferlegten Lasten eine immer dringlichere Lebensfrage, nicht allein für uns selbst, sondern auch für die gesamte Staatswirtschaft erblicken.“

Die inzwischen eingetretenen politischen Ereignisse und staatswirtschaftlichen Maßnahmen werden wohl etwas anders aussehen, als sich die Geschäftsleitung der Münchner A.-G. sie gedacht hat. Gehen uns die volkswirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsregierung auch noch nicht weit genug, so beweist u. a. doch der Rücktritt des braunschweigischen Innenministeriums Franzen, daß sie sich (der Not gehörend, nicht dem eigenen Triebe) auf dem richtigen Wege befindet. Der privatkapitalistischen Mikrowirtschaft muß ein Ende bereitet werden und an ihre Stelle die gemeinnützige Wirtschaft treten. Erreicht wird dieses Ziel aber nur und um so schneller, je eher die Arbeiterschaft ihre Lage begreift und sich zu einmütigem, wirtschaftlichem und politischem Handeln verbindet.

Die andere Seite.

Die vorstehenden Ausführungen über den Geschäftsbericht der Bayerischen Hartstein-Industrie A.-G. München reizen zu einem Vergleich mit einem im „Deutschen Steinbildhauer“, Heft 21, erschienenen „Jahrmännchen“ Bericht des Herrn Landesbaurat Dr. Steinlein über die Ausstellung „Gewerbeleiß der bayerischen Dstmark“ in München. (Auf die Ausstellung selbst einzugehen behielten wir uns vor.) Nach Schilderung der

von den verschiedenen Branchen und Firmen ausgestellten Produkte schreibt Dr. Steinlein:

„Endlich sieht man, in guter Zusammenstellung, Produkte des früheren Hauptindustriezweiges der Dstmark, nämlich Pflastersteine, Grenzsteine, Randsteine, aus verschiedenen Graniten hergestellt. Wir haben über dieses Thema im „Deutschen Steinbildhauer“ schon öfters gesprochen und können uns deshalb heute kurz fassen; wie trostlos die Lage ist, erleben wir aus einem Bild, das Freiherr von Aretin in einem Aufsatz über die bayerische Dstmark gibt:

„Die Steinindustrie, die früher Wien und Budapest, Prag und die böhmischen Bäder mit Pflaster versorgte, ist durch die Höhe der Arbeitslöhne, die 80 Prozent der Produktionskosten ausmachen, des Auslandsmarktes beraubt, während gleichzeitig der deutsch-schwedische Handelsvertrag alte Absatzgebiete im Inland nahm.“

Unsere deutsche Regierung und die Regierungen der Länder wijfen nicht die nötigen Maßnahmen zu treffen, um dem Elend und der Not zu steuern! Treffend sagt Freiherr von Aretin in einem Aufsatz:

„Denn Hilfe braucht dieser Winkel deutscher Erde. Drüben in Böhmen wachsen die Schulpaläste, die Dorfbibliotheken, die Krankenhäuser, und wo wir ein kräftiges, stolzes Grenzvolk brauchen, lassen wir dieses genügsame Volk des Waldes dahinsiechen in unserer blöden Gleichgültigkeit.“

Der von Dr. Steinlein zitierte Freiherr von Aretin ist uns, wenigstens dem Namen nach, kein Unbekannter. Der „Steinloper-Hannes“ beschäftigte sich mit ihm in Nr. 11 des „Steinarbeiter“ vom 14. März d. J. in ziemlich anerkennender Weise, weil der Freiherr in bayerischen Tageszeitungen die Not der Steinarbeiter und die Bedeutung der Granitindustrie für den Straßenbau in treffender Weise hervorgehoben hatte. Das verpflichtet uns allerdings nicht, nun alles von ihm Geschriebene unbedenken und unwiderprochen hinzunehmen, wenn es der Wirklichkeit nicht entspricht; wie sich „Jahrmänner“ hüten sollten, unzutreffende Zitate weiterzugeben und mit ihrer eigenen Person zu decken. Fällt zum Beispiel nicht jedem Unbefangenen und Vorurteilslosen der klaffende Widerspruch zwischen der „Höhe der Arbeitslöhne“ und dem „Dahinsiechen dieses genügsamen Volkes des Waldes“ auf?

Nach Aretin und Steinlein ist die Höhe der Arbeitslöhne und der deutsch-schwedische Handelsvertrag schuld an dem mangelnden Pflastersteinabatz. Dabei kommt es den Herren auch auf offensichtlich übertriebene nicht an. Bei allen im Laufe des letzten Jahrzehnts stattgefundenen Tarifverhandlungen wurden von Unternehmenseite durchschnittlich 60 Prozent als Lohnanteil angegeben, was auch der Wahrheit ziemlich nahekommen dürfte. Doch das ist schließlich nebensächlich. Wenn schon die Löhne von ausschlaggebender Bedeutung sein sollen, dann doch nur ihre absolute Höhe. Sehen wir sie uns daher etwas näher an.

Die Brecher und Pflastersteinmacher von Niederbayern haben einen tariflichen Stundenlohn von 54 Pfennig, die Hilfsarbeiter einen solchen von 44 Pfennig zu beanspruchen, doch kommen selbst bei diesen Löhnen noch Lohnrückereien erbärmlicher Art vor. Die Not der Arbeiterschaft wird häufig in der schofelsten und brutalsten Weise ausgenutzt.

Angeichts solchen Zustandes von hohen Löhnen zu sprechen und zu schreiben und diese für die wirtschaftliche Misere verantwortlich zu machen, ist eine Verantwortungslosigkeit ohnegleichen. Diesem Elend zu steuern und gegen die Lohnrückerei vorzugehen, müßten Reichs- und Landesregierung die schärfsten Maßnahmen treffen, sie (die Lohnrückerei) vor allem von den Lieferungen ausschließen. (Bei dieser Gelegenheit bitten wir alle Kollegen, uns solche Unternehmer und deren Beauftragte ohne Scheu namhaft zu machen, damit wir in der angegebenen Richtung mit Erfolg tätig sein können.)

Und nun zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag. Es würde zu weit führen, hier die ganze Zollfrage aufzurollen. Wir be-

Was irgend gelten will und waffen.
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken.

Seder Schrift wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

Steinbruch, Wissenschaft und Naturschutz

Bei der Anlage neuer Steinbrüche und beim Abbau bereits vorhandener stehen drei verschiedene Richtungen miteinander im Kampf, in einem Kampf, von dem zwar die Arbeiterschaft der Steinbrüche an sich wenig merkt, weil er mit den Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbedingungen kaum etwas zu tun hat, der aber trotzdem auch für die Arbeiterschaft recht interessant ist und von Bedeutung werden kann. Die Interessen, die da miteinander in Konflikt geraten, sind die des Steinbruchbesitzers, der Wissenschaft und des Natur- und Heimatschutzes.

Der Unternehmer will den Steinbruch ausbeuten und daraus einen möglichst hohen Gewinn erzielen, nichts weiter. Die Wissenschaft ist mit dem Abbau durchaus einverstanden; denn sie gewinnt dadurch Einblick in die Schichtung der Erden und Steine, wie sie ihn sonst nur in den Schächten der Bergwerke findet. Der Naturschutz dagegen will die Landschaft in ihrer Eigenart erhalten wissen und wendet sich deshalb natürlich auch gegen die Anlage von Steinbrüchen in allen solchen Gegenden, in denen die Landschaft verunstaltet oder bemerkenswerte Naturdenkmäler, Felsbildungen usw. vernichtet würden.

Unterliegender Teil in diesem Ringen war bisher der Naturschutz. Erst in letzter Zeit ist es diesen immer mehr erstarrenden Bestrebungen gelungen, in Einzelfällen die Anlage von Steinbrüchen zu verhindern, wie z. B. in dem unter Naturschutz stehenden Siebengebirge. Das Siebengebirge ist tatsächlich in seinem Pflanzen- und Tierbestand und in seiner Felsbildung so interessant, daß die Anlage von Steinbrüchen hier große ideale Güter vernichten würde. In diesem Falle geht auch die Wissenschaft den Weg des Naturschutzes, weil auch ihr die Erhaltung der seltenen Tier- und Pflanzenarten wertvoller ist als der Einblick in das Innere der Erde, das Suchen nach Spuren der Vorzeit, nach bemerkenswerten Versteinerungen usw.

Die Berechtigung der Forderungen des Naturschutzes wird gewiß niemand verkennen, und solange sich diese Bestrebungen auf Einzelfälle beschränken, liegt darin auch keine Gefahr. Es ist aber z. B. geplant, das ganze Riesengebirge unter Naturschutz zu stellen; man spricht davon, große Teile des Erzgebirges zu schützen, man denkt daran, die gesamte Sächsische Schweiz zum Naturschutzgebiet zu erklären... Würde das nicht bedeuten, daß in diesen Gebieten das Steinbruchgewerbe lahmgelegt und die in den Steinbrüchen beschäftigte Arbeiterschaft brotlos würde?

Uns will scheinen, daß hier der Naturschutz seinen Aufgabenzirkel wesentlich überschreitet. Aufgabe des Natur- und Heimatschutzes sollte es sein, besonders bedrohte Tiere, Pflanzen und Landschaften zu schützen. Bedroht sind die Seeufer in der Umgebung der Städte; bedroht sind die Wälder, die der wenig sinnvoller Erziehung vieler Städte zum Opfer fallen; bedroht sind tatsächlich zahlreiche Tiere, Pflanzen und einzelne landschaftliche Besonderheiten; aber nicht so ausgedehnte Gebiete wie die oben genannten, in denen die Stellung unter Naturschutz schwerste wirtschaftliche Folgen haben würde.

Wir sind gern damit einverstanden, daß vor der Anlage neuer Steinbrüche die verschiedenen Interessen sorgfältig gegeneinander abgemessen werden. Die Arbeiterschaft ist sogar bereit, durch ihre Vertreter mitzuwirken daran, daß eine möglichst glückliche und eine sowohl Wissenschaft und Naturschutz wie die gesamte Bevölkerung gleichmäßig befriedigende Lösung gefunden wird. Wenn jedoch Naturschutzgesetze für größere Gebiete erlassen werden, dann muß durch geeignete Formulierung dafür gesorgt werden, daß durch sie nicht vermehrte Arbeitslosigkeit, neue Not und neues Elend geschaffen wird.

Böhrenfeuersdorf. Bei der NSG werden geistige Waffen für Nazis angefertigt! Es deutet sonderbar, wenn gerade in einem Betriebe, dessen Besitzer als Juden gelten, Sachen vorkommen, die jeder vernünftige Arbeiter schwer begreifen kann. Nazijünger, die bekanntlich zu jeder Maßnahme gern ein paar Juden verschlucken, lehnen es nicht ab, bei einer Judenfirma zu arbeiten und von ihnen Geld zu erhalten. Es klingt sonderbar, wenn besonnene Steinarbeiter, die die Werkstatt der Schmiede betreten, mit einem „Heil Hitler, Juda verrecke“, angepöbeln werden. Der Schlosser Schuberer tut sich bei solchen Anpöbeln besonders herpor. Wo er nur irgend kann, treibt er seine Nazipropaganda. Es ist noch nicht allzu lange her, wo er dabei mal einen Denktzettel erhalten hat. Nun hat sich innerhalb der Belegschaft eine große Empörung Maß gemacht, weil man hörte, daß Schuberer für seine Horde Gummiknüppel anfertigt. Diese Anfertigung dürfte ihm sehr leicht fallen, da er bei Reparaturen der Luftschläuche öfter ein Stück abschneiden muß, welches sich dann im Interesse der Nazibewegung verwenden läßt. Mit den Gummiknüppeln scheint es noch nicht genug zu sein. Kürzlich bemerkte ein Spitzer, der mit seiner Maschine zum Schuberer reparieren ging, auf seiner Feilsbank eine angefertigte Stahlrute. Es scheint so, als ob auf Kosten der Firma Hiebwaren für die Nazis angefertigt werden. Die Empörung unter der Belegschaft wird sich erst dann legen, wenn diesem schändlichen Treiben mit gebührenden Maßnahmen entgegengetreten wird.

Eigershausen. Eine gewaltige Wirtschaftskrise, die fast zu Boden drückt, und immer neue Opfer fordert, bringt auch uns Steinarbeiter fast zur Verzweiflung. Tagtäglich erlebte man, wenn einige Kollegen eingestellt sind, sie nach kurzer Zeit wieder entlassen werden, ihrer Hoffnungen beraubt, und dem großen Arbeitslosenheer wieder zuzufügen. Gewiß ein trauriges Dasein. Aber wie kann der Verband oder der Funktionär schuld an diesem Elend sein? Was hört man da nicht alles, wenn man mit den Kollegen diskutiert. Der Verband trägt Schuld, daß ich entlassen bin, oder nicht eingestellt werde. Wenn der Verband mit Arbeit gibt, dann zahle ich auch, und viele andere Geitergeschichten werden ausgebreitet, um Verwirrung in die Kollegentreife zu bringen. Betrachtet man solche Kollegen näher, so sind es nur Durchgangsmittglieder, die zahlen, wenn sie müssen. Kurzfristig und nicht rechnen nicht wenig Kollegen: Was zahlte ich und was erhielt ich? Wenn an die Stelle des erhofften Gewinns ein Minus tritt, kommt die Erbitterung. Diese Stimmung darf man nicht übersehen. Es fällt uns auch nicht ein, für Kollegen mit einer derartigen egoistischen Gesinnung eine Lanze zu brechen. Mögen auch die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse zu derartigen Gedankengängen Veranlassung geben, als Rechtfertigung zum Verlassen des Verbandes dürfen sie unter keinen Umständen gelten. Jeder Angestellte und Funktionär muß sich zur Pflicht machen, die Mitgliedschaft zum Leben und Wirken der Gewerkschaften und zur Erörterung der politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen heranzuziehen und aufzuklären. Könnte man nicht wahrhaftig darüber werden, daß Steinarbeiter bei der Nazi-partei ihr Heil suchen? Andere wieder in bürgerlichen Sport- und Kulturvereinen sich aktiv beteiligen. Ja, so sprechen die Tatsachen. Dieses muß aufhören. Man kann nicht Sonntags mit seinen Ausbeutern „Surra!“ schreien, und Montags ihm den Kopf abreißen. Kollegen, begreift dieses und kommt zu uns, laßt euch aufklären über den schweren Kampf, den die Gewerkschaften dauernd führen, damit es uns möglich wird, in jedem Betriebe eine geschlossene, einige Belegschaft dem Unternehmertum entgegenzustellen. Ferner muß es unsere Aufgabe sein, keine Gelegenheit ungenutzt zu lassen, um den erwähnten Stimmungen und Erscheinungen einen Damm entgegenzusetzen. Deshalb Kampf gegen Passivität, Verweigerung und Mißmut, Kampf für die Mobilisierung und Aktivierung aller Kollegen in der Steinindustrie. H.

Neue Bücher und Zeitschriften

„Die öffentliche Berufsberatung, ihr Wesen und Wirken“, von Dr. Rudolf Wiedwald, Referent in der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Berlin. — 3. Heft der Fortbildungsreihe für das Personal der Arbeitsämter. — Verlag Zentralverband der Angestellten (Otto Urban), Berlin SO 36, Dantienstraße 40/41. — Preis für Mitglieder des DAV 70 Pfg., für Nichtmitglieder 1,40 Mark.

Die Rechtsauskunft für Jedermann ist kein dickes Buch, sondern eine Sammlung billiger Festsätze, von denen jedes nur eine bestimmte Frage, diese aber ganz ausführlich, ganz klar und leicht verständlich behandelt. Man braucht also nicht die Antwort auf eine Unmenge von Fragen mitauflesen, mit denen man gar nichts anfangen kann, sondern man schafft sich für ein paar Pfennige immer nur das, was man für seinen besonderen Fall braucht. Da aber jede Frage verschiedene Seiten hat, von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet und beurteilt werden muß, sind alle Festsätze auch noch in alphabetisch angeordnete, allgemein geläufige Stichwörter eingeteilt. Die Festsätze werden bearbeitet von Dr. Schüller, der in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Mitarbeiter der Städtischen Rechtsauskunftsstelle Nürnberg ständig mit so vielen Fragen zu tun hat, daß er für jedermann die richtige Auskunft weiß. Das ganze Gebiet des Rechts wird in solchen kleinen Festsätzen in der gleichen Art bearbeitet.

Wer sich vor Schaden schützen will, dem kann man nur empfehlen, sich für ein paar Pfennige die Rechtsauskunft anzuschaffen — sie weiß für jedermann Rat! Bisher sind folgende Festsätze erschienen:

- 1. Das Recht des unehelichen Kindes.
- 2. Verlöbnis, Ehe, Eheauflösung.
- 3. Testament und Erbevertrag.
- 4. Das Mietrecht.
- 5. Erbschaft — Rechtliche Stellung der Erben.
- 6. Kauf, Tausch, Schenkung.
- 7. Eigentum.
- 8. Gekündete Güterrecht.
- 9. Vermächtnis.
- 10. Vormundschaft.
- 11. Die neuesten Aufwertungsgesetze.
- 12. Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld.
- 13. Der Zivilprozeß, 1. Teil.
- 14. Der Zivilprozeß, 2. Teil.
- 15. Der Zivilprozeß, 3. Teil.
- 16. Personen — Sachen.
- 17. Beträge.
- 18. Rechtsgeschäfte.
- 19. unerlaubte Handlungen.
- 20. Privatklage — Nebenklage.
- 21. Pflichten, Erbunwürdigkeit, Erbschaft, Erbschaftsgegenstand.
- 22. Der Arbeitsvertrag.
- 23. Pfändrecht an beweglichen Sachen und an Rechten.
- 24. Dienstvertrag, Werkvertrag.
- 25. Gesellschaft, Gemeinschaft.
- 26. Darlehen, Bürgschaft.
- 27. Angereicherter Bereicherung.
- 28. Arbeitsgerichtsbarkeit.

Die Sammlung wird fortgesetzt. — Preis jedes Heftes in feinem farbigen Umslag 50 Pfg. — Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

Chrenrangliste für das Dritte Reich. Von Dr. Selmut Rogh. Verlag der AP-Korrespondenz, Berlin NW. 87, Siegmundplatz 12. — Juli 1931. Einzelpreis 50 Pfennig.

Ein Auschnitt aus dem Persönlichkeitsleben und den Persönlichkeitswerten der nationalsozialistischen Führer gibt die vorliegende Schrift. Sie enthält die Darstellung des — kriminellen — Vorlebens von einigen Duzend der maßgebenden Funktionäre der Hitler-Partei; Originaldokumente, u. a. ehrengerichtliche Akten vor dem eigenen Parteigericht gegen heutige Reichstags- und Landtagsabgeordnete sind beigelegt. Die Broschüre ist ein erschütterndes Dokument für die „Partei der anständigen Leute“, ein unentbehrliches und durchschlagendes Werkzeug zur Aufklärung gegen die Hitler-Feinde.

Kann die Wartezeit in der Arbeitslosenversicherung sich verkürzen?

Die Zeit vom Tage der Arbeitslosmeldung bis zum Tage, wo der eigentliche Arbeitslosenunterstützungsbezug beginnt, wird bekanntlich als Wartezeit bezeichnet.

Die Wartezeit hat sich durch die Notverordnung geändert. Sie beträgt jetzt:

- 1. 21 Tage bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen,
- 2. 14 Tage bei Arbeitslosen mit 1 bis 3 zuschlagsberechtigten Angehörigen,
- 3. 7 Tage bei Arbeitslosen mit 4 oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen.

Kann die hier aufgezählte Wartezeit sich nun durch besondere Umstände verkürzen?

Die Wartezeit verkürzt sich zu 1. auf 7 Tage, zu 2. auf 3 Tage und zu 3. fällt die Wartezeit völlig fort, wenn die Arbeitslosmeldung in unmittelbarem Anschluß an:

- 1. Kurzarbeit von mindestens 4wöchiger Dauer, infolge der das Arbeitsentgelt um mindestens ein Drittel gekürzt war, oder
- 2. Arbeitsunfähigkeit von mindestens 4wöchiger Dauer, oder
- 3. behördlich angeordnete Verwahrung von mindestens 4wöchiger Dauer in einer Anstalt

erstattet wird.

Des Weiteren ist noch folgendes zu erwähnen:

Hat die letzte Beschäftigung des Arbeitslosen vor der Arbeitslosmeldung weniger als 6 zusammenhängende Wochen gedauert, so verkürzt sich die Wartezeit um so viel Wartetage, wie der Arbeitslose seit der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgte, bereits zurückgelegt hat.

Ein Beispiel: Hatte A. 7 Tage Wartezeit zurückgelegt und wurde dann wieder in Arbeit vermittelt, die weniger als 6 zusammenhängende Wochen gedauert hat, so hat A. bei der neuen Arbeitslosmeldung dann nur noch 7 Wartetage zurückzulegen, wenn er insgesamt z. B. eine Wartezeit von 14 Tagen durchzumachen gehabt hätte. Demokritus.

Krankengeld neben Ruhegeld, Renten usw.

Durch die Notverordnung des vorigen Jahres ist folgende neue Vorschrift in die Reichsversicherungsordnung eingefügt worden:

„Der Anspruch auf Krankengeld und Hausgeld ruht, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält.“

So klar diese Vorschrift anscheinend gefaßt ist, so haben sich doch bei deren Durchführung mancherlei Schwierigkeiten ergeben. Diese wurden vermehrt dadurch, daß eine ganze Reihe von Rassen die neue Vorschrift möglichst eng und bürokratisch auslegen und alle möglichen Bezüge, die einem Kranken zustehen können, als Arbeitsentgelt ausgelegt wissen wollten bzw. wollen. So fanden viele Rassen auf dem Standpunkt, daß auch Renten, Ruhegeld usw. die der Arbeitslose bezieht, als Arbeitsentgelt zu betrachten sind. Diese Meinung ist jedoch falsch. Die Rechtslage ist vielmehr folgende:

Nach der oben wiedergegebenen Vorschrift ruht der Anspruch auf Kranken- oder Hausgeld, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Als Arbeitsentgelt sind alle vermögenswerten Vorteile zu verstehen, die der Versicherte für seine Arbeitsleistung erhält (Barlohn, Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge). Die Vorschrift ist aber eine eng auszulegende Ausnahmevorschrift, d. h. sie trifft nur das eigentliche Arbeitsentgelt selbst. Pensionen und Ruhegelder sind ein Ersatz für fortgefallenen Arbeitsentgelt und deshalb dem Arbeitsentgelt nicht gleichzustellen. Infolgedessen ist einem Versicherten, der während der Dauer der Krankheit Pension, Rente oder Ruhegeld bezieht, das Krankengeld ungekürzt weiterzuzahlen. Selbst wenn man annimmt, daß ja Ruhegeld und Invalidenrente an die Stelle des Arbeitsentgeltes (Verdienstes) getreten sind, den der Empfänger früher erarbeitete konnte, und gewissermaßen also teilweise ersparten Arbeitsverdienst oder eine Nachzahlung für früher geleistete Arbeit darstellen können, kann dem Sinn des Gesetzes entsprechend ein Arbeitsentgelt in ihnen nicht erblickt werden.

Diese Meinung ist neuerdings auch durch Entscheidungen erhärtet. So hat das Oberverwaltungsamt Mannheim unterm 13. Mai 1931 entschieden, daß der Weiterbezug von Ruhegeld während der Dauer der mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit dem Anspruch auf Krankengeld nicht entgegensteht. In der Begründung zu dieser Entscheidung heißt es ausdrücklich, daß als Arbeitsentgelt nur solche vermögenswerten Vorteile zu verstehen sind, die der Versicherte für seine Arbeitsleistung bezieht. Es gehören hierher Lohn, Gehalt, Gewinnanteile, Pensionen, Sachbezüge usw. Die Rechtslage ist demnach so, daß der Bezug von Renten, Pensionen, Ruhegeldern usw. ohne Einfluß auf die Gewährung von Krankengeld ist. Das Krankengeld muß also neben solchen Bezügen voll gezahlt werden. Die eingangs erwähnte Ruhensvorschrift der Notverordnung kann hier keine Anwendung finden. Kl—s.

überraschend dagegen schritt die Arbeit von der Höhe herab in die Klüfte zwischen den gestürzten Bänken des Felsens. Hier arbeiteten sich fünf der allerwackersten Steinbrecher in einem gewundenen, vielfach gebrochenen, dunklen und engen Schachte in die Tiefe hinab. Es kümmerte sie nicht, daß das Gestein um sie knirschte und sie in ihrer engen Kluft zu begraben drohte. Das Geröll wurde in Klüfte gestopft, die größeren losgearbeiteten Steinstücke von Hand zu Hand jutage hinausgereicht. Um das Ein- und Ausfahren zu begünstigen, wurde von einem Schiff Segeltuch geholt und in den schrägen Schacht gehängt, so daß die Leute, ohne Geröll mit fortzureißen, hinabrutschen konnten. Gefährlich liegendes Gestein wurde mit Stempeln abgespreizt, hindernde Ecken wurden abgeschlagen; dennoch war der Schacht so eng, daß ein Mann sich kaum durchzwängen konnte. Die Namen dieser Retter waren der junge Linke, Hardig aus Postelwitz, Winkler und Richter. Seit zwanzig Stunden war ununterbrochen gearbeitet worden, da quoll Rauch zwischen den Geklüftspalten hervor; die Verschlütteten hatten also Feuer, nicht alle konnten tot sein. Aber noch dreißig Stunden mußte übermenschlich gearbeitet werden, ehe man sich mit den Begrabenen in Verbindung setzen konnte. Die Platte leitete den Ton. Auf den Ruf: Lebt ihr! drang es aus dem Grabe: Alle vierundzwanzig! Leider verstand man „vierzehn“. Nicht lange jedoch sollte die Ungewißheit währen, welche die Tausende von Menschen, die Tag und Nacht an der Unglücksstätte aushielten, und unter denen die Angehörigen der Verschlütteten Beute des graumächtigsten Zweifels über das Geschick der Eingekerkerten waren, in peinvoller Spannung hielt, während das graufige Winterwetter sie körperlich durchschauern ließ. Denn da unten im Schachte dröhnte es nun von außen und von innen der verschlütteten Steinhütte Schlag um Schlag und Stoß um Stoß. Das Blut quoll den wackeren Rettern unter den Nägeln hervor. Sie arbeiteten, um nur schnell vorwärtszukommen, einen so niedrigen Stellen aus, daß sie auf dem Bauche liegen mußten; einer hob dem anderen das losgerissene Steinstück zu, so daß sie sich selbst bald den Ausgang vermauert hätten. Sechs volle Stunden mußten so noch gearbeitet werden, ehe man sich besser verständigen konnte. Wer sollte denen da drinnen zuerst die Hand drücken? Ueberhöpft mußte man eine Pause machen. Und währenddem frug Richter nochmals, wie es darinnen stände, wer noch lebe von den vierzehn Angegebenen und wer zu betauern wäre und noch

verschiedenes andere; aber wie erkaunte er, als er zur Antwort erhielt: Wir sind alle vierundzwanzig wohl und gesund! Da schrien die Retter vor Freude laut auf und dieser Schrei hallte von da aus hinaus in das Freie und zu der harrenden Menschenmenge, bei der er die freudigste Bewegung auslöste. Weiber, Kinder, Eltern und Geschwister hörten's und weinten und wollten es nicht glauben und zweifelten noch immer. Denn eine Felsenlast von weit über zweimal hunderttausend Zentnern war doch auf die 24 Männer herabgestürzt und hatte sie volle 56 Stunden begraben, ohne daß einem einzigen von ihnen ein Haar gekrümmt worden war. Als bei den Verschlütteten am Sonntagvormittag die Uhr eines der Steinbrecher die Kirchengangzeit anzeigte, rief der alte Linke: Kinder, jetzt beten sie in der Kirche für uns, laßt uns mit beten! Sie ahnten nicht, daß ihnen die Rettung schon viel näher war und daß sie doch das Glockengeläut wieder hören sollten, worüber ihnen schon gelinde Zweifel gekommen waren; denn sie wußten als Fachleute sehr wohl, welche Schwierigkeiten ihre Rettung, wenn sie überhaupt gelänge, machen würde. Peters lehnte mit dem Rücken am Felsen, als er plötzlich aufsprang mit dem Rufe: Still, still, hört ihr nichts? Und sie lauschten alle ganz angestrengt und aufgeregert, und in der Tat klang es aus dem Felsen heraus, als ob ein kleiner Gnom darin scharre. Kein Zweifel, das war der erste Ton aus der Außenwelt und die Verbindung mit ihr. Ihre Hoffnung war geweckt und immer unruhiger und forschender horchten sie auf das noch sehr wenig, aber doch deutlich sich machende Geräusch. Mit der Hoffnung kehrte aber auch die volle Empfindung der Entbehrung zurück. Man verlorste ein Feuerchen anzumachen, der Rauch zog emsig durch die Spalten ab und verflüchtete oben und den draußen an ihrer Rettung Arbeitenden ihr Leben. Es wurde ein Kaffee gekocht und zuerst dem einen vor Schreck, Angst und Kälte halbtoten Knaben eingeflößt, der in dem einen Winkel auf dem Strohlager. Dann genossen auch die Männer etwas von dem Kaffee, aber noch immer sparfam und aßen ein Weniges von dem vorhandenen Brotvorrat. Dann und wann hielten sie den Atem an, um das leise Ragen zu hören, das fort-dauernd zu ihnen herabbrang. Hoffnung und Angst rangen miteinander. Man fragte sich: Werden wir aushalten, bis sie zu uns durchdringen, sind sie auf dem rechten Wege? Aber von Stunde zu Stunde wurde nun der Ton des Ragens immer lauter und vernehmlicher; bald klang es dumpf, wenn die Retter im Geröll

mühlten, bald hell, wenn feste Bänke durchbrochen wurden. Mit dem Ohr am Boden, an den Wänden, an der Decke lauschten die Männer der himmlischen Musik dieser Arbeit, die ihnen die Freiheit und das Leben wiedergeben versprach. Von beiden Seiten wurde nunmehr, nachdem bereits eine volle Verständigung gelungen war, an dem Begräumen der letzten Trennungsmauer gearbeitet; von drinnen und von draußen erfolgte Stoß auf Stoß, rechts und links — jetzt rollte Schutt und Sand und eine Menschenhand faßte die andere, die sich in Treue durch Felsen zueinander gearbeitet hatten. „Hier sind sie“, rief zuerst der Retter Winkler, indem er des Verschlütteten August Peters Hände faßte, dann herrschte ein Augenblick tiefes Schweigen in den Klüften, denn Retter wie Gerettete waren von tiefster Bewegung befallen. Doch im Nu war diese Bewegung, die die Tätigkeit lähmte, bemeiselt. Die Deffnung wurde erweitert und Peters herabgezogen. „Seile herunter!“ rief Richter, und kurze Zeit darauf kniete der erste Gerettete, in sich zusammengebrochen, unter dem freien Himmel, den er nie wieder zu sehen geglaubt hatte. Ihm folgten die übrigen. Die große versammelte Menschenmenge, welche die Halben, das Tal und die Nachbarhöhen bedeckte und deren vorderste Reihen die Angehörigen der Verschlütteten bildeten, hatte stumm zugesehen, wenn einer nach dem anderen aus dem Schacht emporgezogen, auf der Höhe des Trümmerberges, den niemand besteigen durfte, erschien, und nur hier und da kündete ein heller Aufschrei: Der Vater! der Bruder! der Sohn!, den die Familienangehörigen erkannt hatten. Und als der letzte der vierundzwanzig gesund und wohl emporgezogen war, da brach das Volk in nicht endenwollenen Jubel aus, und die Absperremannschaften konnten es nicht hindern, daß der Strom sich nach dem Schutberge hin ergoß und die von ihren Rettern halb geführt, halb getragen, herabgeleiteten matten, glücklichen Geretteten im Triumph nach dem breiten Strohlager führte, das in der Eile für sie bereitet war, und wo Ärzte, stärkende Weine und Nahrungsmittel ihrer harrierten. Es leben sicher noch Nachkommen aus den Familien jener Retter und Geretteten aus dieser einzig dastehenden Katastrophe in Steinbruchbetrieben, und die Erinnerung daran ist es wert, erwähnt zu werden, zumal die geschilderten Tatsachen aus alten Aufzeichnungen stammen, die anscheinend von einem Augenzeugen der Katastrophe herrühren, der dem Steinbruchgewerbe angehört hat. B.

Rundschau

Der Bau einer Autostraße, die von dem bekannten Weinort Maifammer in der Rheinpfalz ausgehend auf den Kalmit (687 Meter Höhe) führen wird, ist kürzlich in die Wege geleitet worden.

Die Zahl der Arbeitslosen nimmt nicht mehr ab. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist zum Stillstand gekommen. Mitte Juli war die Zahl der Arbeitslosen mit 3 956 000 genau so hoch wie Ende Juni. Wir befinden uns mithin auf dem Schnittpunkt, von dem aus die Arbeitslosigkeit wieder zu steigen beginnt. Die Finanzschwierigkeiten haben sich bis zum 15. Juli auf dem Arbeitsmarkt noch nicht bemerkbar gemacht. Erst die nächsten Zählungen werden zeigen, welche Wunden dem Wirtschaftslieben dadurch geschlagen wurden. Da von nun ab das Heer der Arbeitslosen wieder zunimmt, haben wir uns darauf einzurichten.

Mißerfolge der Zellenbildungen innerhalb der Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften stehen wie ein gewaltiger Block innerhalb des Stromes der Depression. Von ihrem Standpunkt durchaus verständlich haben deshalb die Feinde der freien Arbeiterbewegung, vor allem die Kommunisten und Nationalsozialisten, diesen Fels im Meer zu sprengen versucht. Gewaltige Mittel und große Anstrengungen wurden dafür eingesetzt. Die Erfolge dürften im allgemeinen als gering bezeichnet werden. In ziemlich klarer Weise wird dies in einem Artikel des „Magazin der Wirtschaft“ Nr. 30 bestätigt. Wir lesen dort:

„Die Versuche der Kommunisten und Nationalsozialisten, in die Gewerkschaften einzudringen, mußten allein schon daran scheitern, daß beide zur Vertretung der vitalsten Interessen der Arbeiterschaft weder die Mittel noch Fähigkeiten mitbrachten. Die Nationalsozialisten, die unter den unorganisierten Arbeitern mindestens zeitweise eine zahlenmäßig starke Anhängerenschaft gewonnen hatten, haben für die freien Gewerkschaften niemals eine ernste Gefahr dargestellt. Methoden und Inhalt ihrer Agitation sind der Vorkriegszeit weitgehend unbekannt. Die Arbeiterbewegung ist in der Aufbruchzeit ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Befindungen, das durch den nur teilweise proletarischen Charakter der Bewegung gegeben war, ist bei der Arbeiterschaft nie befechtigt worden. Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit ist immer wieder zu ihrer revolutionären Theorie in Widerspruch geraten und hat deshalb in der täglichen — notwendig reformistischen — Gewerkschaftsarbeit keine Leistungen hervorbringen können. Beide Wege der kommunistischen Gewerkschaftspraxis — Gründung eigener Verbände und Zerlegung der großen Organisationen durch Bildung von Oppositionsgruppen — haben zu keinem nennenswerten Erfolg geführt.“

Wie es hier geschildert wurde, so ist es in der Tat. Die Nationalsozialisten kommen als eine Gefahr für die Gewerkschaften nicht in Frage. Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit vermag wohl gewerkschaftliche Aktionen zu stören, aber sie auf die Dauer nicht zu verhindern. Bedauerlich ist nur, daß die Gewerkschaftsfunktionäre

einen Zweifrontenkrieg führen und ihre Kräfte zur Abwehr derartigen Unterminierungsarbeiten vergeuden müssen.

Gemeinsame Abwehrfront gegen den „sozialistischen Generalangriff“. Durch die kapitalistische Wirtschaft ist die Forderung der Gewerkschaften nach planmäßigen Kontrollinstanzen deutlich unterstrichen worden. Der Genosse Naphthali hat die Forderungen im einzelnen veranschaulicht begründet. Von den vielen Äußerungen der Unternehmerpresse wollen wir eine herausgreifen, die uns besonders typisch erscheint. In Heft 30 der Wirtschaftszeitung „Ruhr und Rhein“ wendet sich der Spigenartikel sehr scharf gegen die „lauwarne Sozialisierung“, um zum Schluß u. a. folgendermaßen aufzuklären:

„Die Einstellung der Wirtschaft diesen Vorschlägen gegenüber ist eindeutig und klar. Will sich die Privatwirtschaft nicht selbst aufgeben, so muß sie diese Vorschläge mit aller Schärfe und Konsequenz ablehnen. Naphthali hat dabei trotz aller faktischen Klugheit von seinem Standpunkt aus einen taktischen Fehler begangen. Solange er noch, wie vor zwei, drei Jahren, sich darauf beschränkte, lediglich auf den Kartellen und Syndikaten herumzujucken, konnte er sich der Hoffnung hingeben, daß nicht kartellierte Zweige der Privatwirtschaft aus einer kurzfristigen Bestimmung gegenüber den Kartellen heraus ebenfalls mit dem Gedanken einer verstärkten staatlichen Kartellkontrolle sympathisierten oder ihr zum mindesten keinen grundsätzlichen Widerstand leisteten. Wir warteten schon damals vor dieser Vogel-Strauß-Politik und sprachen es als Aufgabe aller nichtsozialistischen Kräfte an, „eine größere Einheitlichkeit der privatwirtschaftlichen Auffassungen in ihrer Abwehrstellung gegenüber den gewerkschaftlichen Kräften zu entwickeln“. Der jetzige sozialistische Generalangriff wird alle Zweige der Wirtschaft zu gemeinsamer Abwehrfront zusammenschließen. Die Wirtschaft weiß sehr wohl das Gewicht und die Bedeutung einer ständigen Kontrolle zu würdigen. Sie vermischt aber bisher den Nachweis, daß der außerwirtschaftlichen, demokratisch aufgebauten und bürokratisch durchgeführten Kontrolle von Staats wegen der Vorzug gegenüber der Selbstkontrolle einzuräumen wäre. Die deutsche Wirtschaft braucht kein demokratisches Kontrollamt als Kindermädchen. Sie findet wie die englische Wirtschaft in der Organisation der Selbstkontrolle als Korrelat der Selbstverantwortung ihren Weg aus den heutigen Schwierigkeiten und lehnt es ab, ihre gegenwärtige Notlage als Exerzierplatz für sozialistische Theoretiker mißbraucht zu sehen.“

Die deutsche Privatwirtschaft will also von selbst den Weg aus den heutigen Schwierigkeiten durch eine Art Selbstkontrolle finden. Wir sind schon öfter Zeuge derartiger Versicherungen gewesen, ohne eine Besserung zu sehen. Daß „die gesamte Wirtschaft“ (lies Unternehmertum) sich zu einer gemeinsamen Abwehr gegen diesen sozialistischen Generalangriff zusammenschließen will, ist zwar nicht neu, aber wert festgestellt zu werden. Somit kann man der Ueberzeugung sein, daß alle Reformen zur Kontrolle der Wirtschaft nur gegen den härtesten Widerstand durchgesetzt werden können.

ab, uns auch nur im geringsten entgegenkommen. Unsere Aufgabe wird es allerdings sein müssen, diese Forderung bei nächster Gelegenheit im Interesse der Arbeitslosen erneut zu erheben. Zur baldigen Verwirklichung der Arbeitszeitverkürzung können und müssen die Kollegen schon jetzt beitragen, indem sie dafür sorgen, daß jeder in der Granitschleifereiindustrie Beschäftigte dem Verbandszugehörigkeit wird.

Der erneute Vertrag trat bereits am 1. Juli 1931 in Kraft und kann beiderseits, wie bisher, alljährlich spätestens am 1. März zum 30. Juni gekündigt werden. Die im technischen Teil getroffenen Änderungen, die den interessierten Zahlstellen bereits durch Rundschreiben bekanntgegeben wurden, traten dagegen vom 23. bis 25. Juli, je nach Lohnwochenbeginn, in Kraft. C. Wdl.

Es war einmal . . .

Es war einmal ein Unternehmerverband, der war in Zeiten guter Konjunktur tarifiert bis auf die Knochen. Auch nicht ein „Pünktchen“ ging er über die gesetzigten Satzungen des Vertrages hinaus. Vereinzelt auftretende Forderungen und Wünsche „Belohnung begehrliger“ Arbeiter wurden als „Konjunkturpolitik“ manhaft zurückgewiesen, während die Preise für die abgesetzten Produkte zu ungeahnten Höhen emporgetrieben wurden. So häuften sich in den letzten Jahren Arbeit und Profit in gleichem Maße, wobei selbstverständlich die Arbeit den Arbeitern, der Profit aber den Unternehmern zuteil wurde.

Da kam die Weltkrise über das Land und die Arbeiterschaft litt entsetzlich unter dem Ausfall an Aufträgen. Statt des Arbeitsverdienstes ward den meisten Arbeitern nur die Arbeitslosenunterstützung zuteil, die sich mit der Dauer der Arbeitslosigkeit zur Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung immer mehr verdünnte. Die Unternehmer griffen auf ihre Reserven zurück und hielten sich soviel als möglich schadlos, bis auch diese zur Neige gingen und guter Rat nun teuer wurde.

Da stekten die sogenannten Wirtschaftsführer und Syndikati ihre Köpfe zusammen und beratschlagten, wie man der Not der Bescheidenden am vorteilhaftesten steuern könne. Der schlaueste unter ihnen machte den Vorschlag, vor allem die Lohn- und Arbeitsbedingungen abzubauen, und gar bald bestand Einmütigkeit über diese geniale Idee, so sehr sich die Herren wegen der leidigen Konkurrenz sonst auch bekämpften. Als die Arbeiter in ihrem Unverständnis darauf nicht eingehen wollten, ging man daran, das in jahrelanger gemeinsamer Arbeit aufgebaute Tarifgebäude niederzureißen, was nunmehr die Arbeiter in ihrer volkswirtschaftlichen Blindheit als übelste „Konjunkturpolitik“ anahen. Damit wurde auch das tarifliche Schlichtungswesen beseitigt, das den Extremen auf beiden Seiten längst ein Dorn im Auge war, womit seine segensreiche Wirkung für die Allgemeinheit als erwiesen angesehen werden kann.

Aus dem bisher Gesagten geht schon mit unzweifelhafter Deutlichkeit hervor, welche gewaltige Ueberlegenheit die Unternehmerverbände gegenüber den Arbeiterverbänden in der Zertrümmerung und Beseitigung einigermaßen geordneter Zustände auf dem Gebiete der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben, ganz abgesehen von ihrem hervorragenden negativen wirtschafts- und sozialpolitischen Wirken.

Wie weit jedoch ein Unternehmerverband in der Selbstaufopferung gehen kann, dafür folgendes, nicht mehr zu überbietendes Beispiel:

In besagten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit hatte das Reichsarbeitsministerium die Vermittlung übernommen. Alles, was zur Wiederherstellung und Fortsetzung des bisherigen Vertragsverhältnisses hätte beitragen können, wurde von diesem Musterverband abgelehnt. Im Rheinland und in Sachsen kam es zu einer Einigung, und alle anderen Bezirke ließen es auf eine Entscheidung des Reichsarbeitsministers ankommen. Das ging aber dem zwar auch mit Reichsaufträgen rechnenden Verbande wider den Strich. Wie leicht hätte das Reichsarbeitsministerium eine den Arbeitern günstige Entscheidung treffen können. Das mußte also unter allen Umständen vermieden werden.

Als die Verhandlungen, auf des Meisters Schneide stehend, ihrem Ende zuneigten, löste sich dieser Verband einfach in Wohlgefallen auf (wer daran zweifelt, kann sich durch amtsgerichtliche Befehinigung von der „Richtigkeit“ überzeugen). Er teilte dies sogar anstandslos unter Rückführung der letzten Einladung dem Reichsarbeitsministerium mit. Mehr kann man gewiß nicht verlangen.

Wer jedoch den Schluß aus dieser Episode zieht, daß Vorkühender und Syndikus des „aufgelösten“ Verbandes nunmehr „stempeln“ gehen, der irrt sich gründlich. Beide haben noch ausreichend Tätigkeit in der mit dem „aufgelösten“ Verband identischen „Verkaufsvereinigung“. Auch der ungläubigste Thomas wird also einsehen und weiter verbreiten: „Es war einmal ein Unternehmerverband . . .“ E. W.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Berjammlungen:

Sonntag, 30. August:
In Essen (Steinmehlen und Marmorarbeiter) um 10 Uhr bei Fischer (früher Föller).

Sonntag, 16. August:
In Angerburg um 10 Uhr bei Artur Fischer.
In Berlin (Steinseher usw.) um 10 Uhr, Brunnenstraße, Brunnenstraße 15.

Berlin. Die Auszahlung der Invalidenunterstützung findet am Montag, 17. August, von 8—13 und 15—18 Uhr statt.

Berlin. Steinseher usw. Für die Orte Zeuthen, Miersdorf, Königswusterhausen, Schulzendorf usw. ist ein Unterbezirk eingerichtet. Kassierer und alle übrigen Verbandsangelegenheiten werden von dem Kollegen Otto Eisholz, Miersdorf, Friedhofstr. 3, erledigt.

Adressenänderungen

- Gau: Apolda. Vorj.: Mag Seidel, Hermannstr. 14. — Calbe. Vorj.: Hermann Landshulze, Schloßstr. 36. Kass.: Albert Zahn, Kienburger Str. 109.
- Gau: Eudenberg. Vorj.: Math. Niebach, Eudenberg, G. 5. Kass.: Joseph Boshen.
- Gau: Seebach. Kass.: Jof. Gründel I.
- Gau: Nieber-Oleiden. Postbezeichnung: Oberofleiden, Grünberg (Hessen)-Land.

Briefkasten

D. R. Wirjt meine Antwort erhalten haben. Die Kur dient der Reparatur von Herz und Nerven. Die redaktionelle Tätigkeit wird in der Hauptsache mitgemacht. Hat auch sein Gutes. Hoffentlich bleibt der Erfolg nicht aus. Gruß.

Garantieheine bei Motorradlauf. Es ist eine beinahe zur Verkehrsmitte gewordene Übung, beim Kauf gewisser Gegenstände, z. B. von Motorrädern, dem Käufer für eine gewisse Zeit Garantie zu leisten. Unter die Garantie fallen natürlich nur solche Schäden, die bei normaler Beanspruchung des Fahrzeuges entstehen. Damit scheiden einmal alle anderen Schäden aus. Gemeint ist mit der Garantie, daß die Fabrik für einwandfreie Ware haften will. Die Garantie oder Haftung für Materialmängel ist zumeist auf eine gewisse Zeit begrenzt. Gerade darüber kann Streit entstehen; denn die Fabrik leistet Garantie z. B. für ein halbes Jahr, welches mit der Auslieferung des Rades an den Vertreter beginnt. Nun liegt das Rad z. B. ein halbes Jahr auf Lager, und die Garantie läuft inzwischen ab, ohne daß sie ihren Zweck erreicht hat. Kauft nun jemand das Rad, so bekommt er den Garantieheine, der längst abgelaufen zu sein scheint. Wenn er diesen nicht aufmerksam durchliest, wird er nicht viel machen können. In diesem Falle empfiehlt sich genaue Lektüre und eventuell die Aufforderung an den Verkäufer, seinerseits die Garantie zu erneuern, weil sonst ein Anspruch gegeben ist. Inwiefern der Verkäufer sich mit seiner Lieferfirma auseinandersetzt, geht den Käufer nichts an.

Bücher und Zeitschriften

Ein Buch über Daumier. Die Büchergilde Gutenberg hat vor zwei Jahren mit der Prämie „Mitjanobu“ für die Werbung eines Mitgliedes zu große Erfolge erzielt, daß sie darangehen konnte, eine Prämie für die Werbung von zwei Mitgliedern zu schaffen. Dieses Buch ist jetzt erschienen: „Daumier“, reich illustriert, Text von Erich Knauf. Es darf wohl gesagt werden, daß dieses Buch eine beachtliche Leistung der Büchergilde Gutenberg darstellt. Das Buch hat das Format und den Umfang der Gildenbücher, bringt die wichtigsten Arbeiten Daumiers, etwa 150 Abbildungen, und trägt so dazu bei, diesen größten Karikaturisten der Geschichte und den genialsten Zeichner des vorigen Jahrhunderts so bekannt zu machen, wie er es verdient. Zumeist sieht man von Daumier ja nur die mehr oder weniger harmlosen Witzblattzeichnungen. Erich Knauf versteht es, den Künstler und sein Schaffen aus seiner Zeit heraus zu erklären und die politische Leidenschaft Daumiers als die eigentliche Quelle seiner Kunst deutlich zu machen. Es ist erstaunlich, wie aktuell Daumier da plötzlich wird! Oft hat der Leser den Eindruck, als ob er mitten in die jüngste Vergangenheit hineingeführt würde und als ob Daumier mit seinen genialen Karikaturen auf die Korruptionsaffären unserer Tage, auf unsere Halbrepublikaner und auf die Knüttelgarde der Reaktion gezielt hätte. Die Neuerschließung der Büchergilde wird sicher dazu beitragen, dieser Gemeinschaft wertvoller Buchbesitzer neue Freunde und Mitglieder zuzuführen.

Anzeigen

Seit 10 Jahren Spezialanfertiger. Steinhauerschuhhandelgebäude. Garantie für jedes Paar, hochwertige Qualität, reelle Belieferung. A 14.75 portofrei.



Nichtgefall. gegen Betrag zurück. Herm. Welbers Berufsschuhwerk Bad Godesberg.

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuh u. Ledertaschen 11.50 Mk., aus II-Drahtleder 8.— und 6.— Mk., Maurersocken 1.10 Mk. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 15.—, II 11.50, III 10.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. drei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohlfeld, Dresden 6, Ritterstr. 2 (Pflasterfabrik für Berufsschulbildung)

Pflasterhämmer aus bestem Schweisstahl Rammen, Brechetangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefern auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Bücher die in kein Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstraße 6

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden intödlge Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Sorau. Am 10. Juli der Steinsetzer Hermann Neumann, 62 Jahre alt, 3 Wochen krank, Magenkrebs.
 - Häslcht. Am 17. Juli der Brecher Alfred Scholz, 27 Jahre alt, 1 Jahr krank, Magen- und Darmkatarrh.
 - Hamburg. Am 1. August der Rammer Martin Zoppa, 43 Jahre alt, 12 Wochen krank, Magenkrebs.
 - Strehlen. Am 1. August der Pflastersteinmacher Paul Kłodwig, 61 Jahre alt, Freitag.
 - Würzburg. Am 2. August der Schleifer Michael Droll, 61 Jahre alt, 2 Jahre krank, Herzschwäche.
 - Dresden-Pirna. Am 3. August der Sandsteinbrecher Otto Steglich, 51 Jahre alt, 3 Jahre krank, Staublunge.
 - Striegau. Am 3. August der Schleifer Heinrich Kilian, 28 Jahre alt, von einem Landjäger erschossen.
 - Altenhain. Am 4. August die Knackschlägerin Berta Zesewitz, 62 Jahre alt, Leberkrank.
 - Obernkirchen. Am 4. August der Sandsteinmetz Christian Sostmann, 61 Jahre alt, 3 Monate krank, Staublunge.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag: Ernst Windler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.